der springende punkt

Nr. 10

Dezember 1976

Inhalt



Ha-Er-Ge ? nee !

Im Laufe dieses und der kommenden Semester wird einer der Hauptschwerpunkte studentischer Politik die Einflußnahme auf die bevorstehende Novellierung des Landeshochschulgesetzes (LHG) sein. Diese LHG- Änderung wird im Rahmen der Anpassung an das Hochschulrahmengesetz (HRG) notwendig. Dabei kann uns nicht trösten, daß die wesentlichen reaktionären Inhalte des HRG wie z.B. das verfassungswidrige Ordnungsrecht und die Festlegung auf ein "hochschulpolitisches" Mandat mit dem LHG von 1973 bereits vorweg genommen wurden. In Hamburg, Bremen und Niedersachsen liegen die "angepaßten" LHG- Entwürfe schon vor. Diese zeigen, daß nicht nur das HRG voll durchgesetzt werden soll, sondern teilweise weiter verschärft wird.

Für uns muß es darum gehen, bereits im Vorfeld der Novellierungsdebatte in Schleswig-Holstein klar die Forderungen der Studenten zu artikulieren!

Aus dem augenblicklichen Kräfteverhältnis heraus, der Passivität und Resignation vieler Kommilitonen auf der einen, der zunehmenden Formierung unserer Gegner, dem Monopolkapital und seinen Handlangern, Parteien und Ministerien, auf der anderen Seite, müssen wir uns auf die Durchsetzung der für uns e l e m e n t a r e n Forderungen beschränken. Im Rahmen eines solchen Artikels kann das Problem nur angerissen werden. Dem müssen intensive Diskussionen in der Studentenschaft und weitere Papiere folgen!

Verfaßte Studentenschaft

Im HRG ist auf Druck der CDU/CSU die Verfaßte Studentenschaft nur noch als Kann-Bestimmung vorgesehen. Die massiven Angriffe auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft in den letzten Monaten (versuchte Amtsenthebung AStA FH- Lübeck und PH- Kiel, Zensur von Infos an der FH- Kiel, Raumverbote an der Uni Kiel etc.) lassen ahnen, daß auch in Schleswig-Holstein -wie schon in West-Berlin und Bayern- geplant ist, die Verfaßte Studentenschaft zu liquidieren.

Vor Jahren noch organisierte der RCDS mit dem alten VDS Feiern zum 17. Juni, mißbrauchte er ASten und VDS als antikommunistische Kalte-Kriegs-Sprachrohre. Kein Wunder, daß damals die Geldquellen der Bundesregierung für den VDS noch reichlicher flossen (heute erhält die vds kein Geld mehr). In dieser Zeit waren allgemeinpolitische Stellungnahmen nicht nur erwünscht, sondern wurden auch gefordert.

So schrieb der ehemalige CDU- Innenminister Gerhard Schröder 1954 in einem Brief an den VDS:" Der Tag der deutschen Einheit kann seine Bedeutung nur erhalten, wenn er wesentlich von der deutschen Jugend getragen wird. Ich wäre deshalb dankbar, wenn durch alle Verbände, in denen sich die deutsche Jugend zusammengefunden hat, am Abend des Tages der deutschen Einheit Kundgebungen, Fackelzüge durchgeführt würden."

Willy Brandt erklärte 1960 auf dem VDS-Kongreß: "Gestatten Sie mir zu sagen, daß es nicht befriedigend ist, wenn die Sprecher der akademischen Jugend den Mut zur Politik fordern, die Pflicht zur Politik würde mir persönlich mehr zusagen."

Die Zeiten und die Politik des VDS und der in ihm vertretenen ASten haben sich inzwischen grundlegend geändert. Heute sind die Mehrzahl der ASten und die vds keine lammfrommen Nachbeter der Regierungspolitik mehr.

Seitdem werden die Angriffe der Rechtskräfte auf die Verfaßte Studentenschaft und ihr Politisches Mandat, unterstützt von reaktionären Studentengruppen- wie dem RCDS und seinen Tarnorganisationen SLH etc- immer massiver.

Statt der verfassungswidrigen Einschränkung auf ein "hochschulpolitisches" Mandat, wie im HRG und LHG, muß in dem neuen LHG das Politische Mandat verankert werden! Wenn es der Hochschulbürokratie gelingen sollte, die Studentenschaft vom Rest der Bevölkerung zu isolieren, den Studenten die Möglichkeit zu nehmen, ihre Forderungen zu begründen und in ihrem gesamtgesellschaftlichen Rahmen ist das der Anfang vom Ende der Verfaßten Studentenschaft!



Die Auseinandersetzungen an der MHL anläßlich der letzten StuPa- Wahl, der Erlaß von Zwangswahlordnungen und--Satzungen in SH haben vielen Studenten die Wichtigkeit der Satzungsautonomie der Verfaßten Studentenschaft vor Augen geführt.

Wir fordern mit dem DGB: Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Politischem Mandat, Satzungsautonomie und Finanzhoheit!

VV und UA

Im jetzigen LHG sind Vollversammlung (VV) und Urabstimmung (UA), die obersten Beschluß- und Kontrollorgane der Studentenschaft nicht ausdrücklich vorgesehen. Dies hat dazu geführt, daß an manchen Hochschulen VV's und UA's schon verboten werden, so an der FH- Lübeck, oder nur als "Informationsveranstaltungen" (MHL) genehmigt werden. Eine Beschlußfassung a l l e r Studenten über ihre Probleme und damit eine Grundlage für ihr aktives Eintreten für ihre Forderungen soll verhindert werden.
Die gewählten Vertreter sollen nur noch ihrem Gewissen, nicht mehr der Studentenschaft verantwortlich sein. Das Ziel ist leicht zu durchschauen: Entpolitisierung und Lähmung der Studenten durch eine künstliche Isolierung von ihren gewählten Organen StuPa und AStA.

Wir fordern: Vollversammlung und Urabstimmung müssen ausdrücklich als beschlußfassende Organe im LHG verankert werden!

Paritäten

Nach dem jetzigen LHG und dem HRG haben in allen Gremien der Hochschule die Prof's die absolute Mehrheit der Stimmen. In SH sind Studenten in Personal- d.h. z.B. Berufungsfragen nicht stimmberechtigt, in den Berufungskommissionen gar nicht vertreten.
Studenten, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter dienen nur als "demokratisches" Feigenblatt. Für eine wirksame Durchsetzung unserer Interessen. z.B. zur Ausbildungsreform, ist es notwendig, daß alle Gruppen gleichberechtigt in den Gremien vertreten sind.

Wir fordern gemeinsam mit dem DGB: Drittelparität in allen Hochschulgremien!

Ordnungsrecht

Wie schon im LHG ist jetzt auch im HRG - fast wörtlich übernommen- das Ordnungsrecht vorgesehen.
"Rückkehr zum Prinzip der akademischen Sondergerichtsbarkeit im 19. Jahrhdt", wie es der Hamburger Parteitag der SPD charakterisiert.
Mit dem Ordnungsrecht sollen kritische Studenten diszipliniert, sollen Aufrufe zu Streiks oder auch nur "Störungen" in Vorlesungen durch Maßnahmen bishin zur zweijährigen Relegation von der Hochschule verhindert werden.

Wir fordern mit dem DGB: Ersatzlose Streichung des verfassungswidrigen Ordnungsrechtes!

Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation

Eine weitere zentrale Position, die mit dem HRG durchgesetzt werden soll, ist die Regelstudienzeit.
3- bzw. 4-jährige Regelstudienzeiten, Zwangsexmatrikulation nach Überschreiten dieser Zeit!
Ein Schubladenpapier des Wissenschaftsrates fordert die Durchsetzung von 3-jährigen Kurzstudiengängen für mindestens die Hälfte, von 4-jährigen für die andere Hälfte der Studierenden. Ungeheurer Leistungsdruck durch bis zu 40 Wochenstunden Pflichtvorlesungen sind die Konsequenz, selbständiges Arbeiten wird unmöglich.
Schon jetzt ist ein immer größer werdender Prozentsatz der Studenten gezwungen, ihr Studium abzubrechen. Ursachen: BAFöG- Kürzungen und andere soziale Verschlechterungen, materielle Misere an den Hochschulen.



Regelstudienzeit, das bedeutet zudem die Absage an eine qualifizierte, wissenschaftliche und demokratische Ausbildung. Duckmäusertum und austauschbare Fachidioten, bzw. Studienabbrecher ohne Existenzsicherung, das ist zwar im Interesse der Konzerne, nicht aber im Interesse der arbeitenden und lernenden Bevölkerung!

Deshalb fordern wir mit dem DGB: Keine Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation!

Der nc, anfangs als Überbrückungsmaßnahme verfehlter Bildungspolitik deklariert, ist inzwischen integraler Bestandteil staatlicher Bildungsplanung geworden.

Die "dauerhafte" Beseitigung des nc war von der Bundesregierung für 1975 angekündigt (Ausnahme Medizin). Die tatsächliche Situation ist jedoch wie folgt:
Der Staatsvertrag für die Vergabe von Studienplätzen setzt als obere Grenze für eine Wartezeit acht Jahre fest. Für 1978 sagt der Hochschulplanungsausschuß, von Bund und Ländern gestellt, voraus, daß 48.ooo Studenten nie einen Platz bekommen werden. Auch der verdeckte nc wird verschärft durch Eingangs- und Abschlußprüfungen in den Lehrveranstaltungen und durch Selektion aufgrund erhöhten Prüfungsdrucks.



Anstatt den nc zu beheben, sind unsere Bildungspolitiker darauf verfallen, möglichst viele Studenten in möglichst kurzer Zeit durch die Universitäten zu schleusen. Die Produktionskosten für den Wissenschaftler und Akademiker werden so "pro Stück" auf ein Minimum reduziert.

Untrennbar verknüpft mit unserem Kampf gegen das HRG und den nc ist die Frage der Finanzierung des Ausbaus der Hochschulen und des gesamten Bildungswesens. Nicht auf Kosten anderer sozialer Bereiche, nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung kann das durchgesetzt werden, sondern nur durch die Einschränkung der Konzernsubventionen, durch die Kürzung der Rüstungsausgaben und der Mittel für Polizei und Verfassungs"schutz".

Durch die Diskussion über ein "gerechteres" Ausleseverfahren und bessere Auslastung der Kapazitäten wird von der Notwendigkeit der Erweiterung der Kapazitäten abgelenkt. Die Studienbedingungen der bereits Studierenden werden durch den nc nicht verbessert außerdem behindert er den Studienfachwechsel.

Wir werden in Zukunft verstärkt in der Studentenschaft und mit anderen demokratischen Organisationen, wie dem DGB, fortschrittlichen Liberalen und Sozialdemokraten ein gemeinsames Vorgehen in diesen Fragen diskutieren müssen!

Bremer Uni-Rektor 22.10.76 UZ

Rücktritt aus Protest

Bremen. R. St. — „Aus Protest gegen das, was der Universität Bremen mit dem Hochschulrahmengesetz von außen an Revision aufgezwungen wird", hat der Rektor der Bremer Reformuniversität, Professor Steinberg, zum 31. März 1977 seinen Rücktritt erklärt. Er begründete das vor der Presse damit, daß das vom SPD-Senat vorgelegte bremische Hochschulgesetz nicht nur die wesentlichste Errungenschaft des „Bremer Modells", die gleichberechtigte Mitbestimmung von Hochschullehrern, Studenten und den Arbeitern und Angestellten beseitige, sondern in manchen Punkten noch über das reaktionäre Hochschulrahmengesetz hinausgehe. Professor Steinberg vermutet, daß die Studentenorganisationen mit heftigen Protestaktionen gegen das neue Hochschulgesetz antreten werden.



ASTA der Medizinischen
Hochschule Lübeck
Ratzeburger Allee 160
2400 Lübeck

0451/50012472



Weitere Programme, Information und Buchungen:

ATOMKRAFTWERKE

Der geplante Selbstmord

Im Firmenwappen der Kernreaktorbauer könnte der Spruch stehen: "Ach wie gut, daß niemand weiß" z.B.: Daß ein Stück Plutonium von der Größe einer Apfelsine, fein verteilt, ausreichen würde, alle Menschen dieser Erde durch Lungenkrebs zu töten. Daß die Strahlungen von Kernkraftwerken und Reaktorabfällen zu Krebs, Leukämie und Totgeburten führen können. Und daß ein Reaktorunfall ganze Länder unbewohnbar machen würde.

Die unerforschte Radioaktivität

Die Eile, mit der die Erzeugung von Atomstrom in der BRD (und nicht nur hier) propagiert und in die Tat umgesetzt wird, hat es mit sich gebracht, daß selbst das Wenige, was sich vorher ermitteln läßt, derzeit erst noch erforscht wird- im hoffnungslosen Rückstand gegenüber den technischen Anlagen, deren Errichtung eigentlich von den Ergebnissen solcher Forschungen abhängig sein sollte. Vermutungen ersetzen das exakte Wissen und niemand kann sagen, welche Folgen für Wasser und Wetter aus jenen 250 Atomkraftwerken des Jahres 1985 zu erwarten sind. Mit dem biologischen Tod unserer Flußsysteme hat man sich weithin bereits abgefunden.

Weit schwerer als die Frage der Abwärme wiegt das Problem der Radioaktivität, die auch beim Normalbetrieb in kleinen Mengen mit der Abluft und dem Abwasser eines Atomkraftwerkes an die Außenwelt abgegeben wird.

Diese Radioaktivität, deren Vorhandensein niemand leugnet, ist Gegenstand umständlicher Debatten, deren verwirrende Unübersichtlichkeit vor allem auf einer Fülle von Zahlenangaben beruht, die der Laie nur schwer überprüfen kann. Der aus solchen Zahlenkämpfen entstehende Eindruck, hier werde aufs exakteste gemessen und berechnet, ist falsch, der Zahlenvorhang ist gewoben aus Hoffnungen und Vermutungen und verdeckt einen Abgrund von Unwissen!

Sicher ist, daß radioaktive Strahlung sowohl körperliche Schäden als auch Leukämie und andere Krebsarten als auch genetische Schäden, also nachteilige Veränderungen des Erbgutes hervorrufen können.

Sicher ist ferner, daß es für diese Wirkungen keine untere Grenze der Dosis gibt, unterhalb deren die Strahlung wirkungslos bliebe.

Sicher ist auch, daß die an Luft und Wasser abgegebenen radioaktiven Stoffe sich innerhalb der natürlichen Nahrungskette anreichern können und dann in einzelnen Lebewesen und deren Organen in einem Vielfachen ihrer ursprünglichen Konzentration vorhanden sind.

Atommüll - oder: Die Leiche im Keller der Industriegesellschaft

Zum "Normalbetrieb" eines Atomkraftwerkes gehört aber nicht nur dieses selbst, vielmehr beginnt der Normalbetrieb eigentlich schon bei der Gewinnung und der Anreicherung des Urans, das für den Reaktorbetrieb gebraucht wird. Aber das Wohlergehen überseeischer Minenarbeiter, die den Rohstoff fördern, hat noch nie zu den bevorzugten Interessen der Industrieländer gezählt, und der Lungenkrebs, an dem sie verrecken, geht nicht in die Risikostatistiken zivilisierter Länder ein.

Schließlich gehört zum Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes die Fürsorge für den beim Betrieb und bei der Wiederaufbereitung der Brennstäbe entstehenden radioaktiven Abfall. Auch bei dieser Frage geht der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern atomarer Energieerzeugung ins technische Detail. Aber hinter der Frage, ob die Stahlbehälter, in denen der Müll über die Autobahnen transportiert wird, einen Zusammenstoß aushalten oder nicht und ob das alte Salzbergwerk in Asse bei Braunschweig (der einzige Ablagerungsort, über den die BRD überhaupt verfügt) durch Wassereinbruch oder Erdbeben gefährdet sein könnte, steht eine weit wichtigere, grundsätzliche Erwägung, die nicht technischer, sondern rein logischer Art ist:

Es ist eine Eigenschaft des atomaren Abfalls, daß man ihn nicht beseitigen kann. Man kann ihn nur verstecken. Wenn man ein Versteck gefunden hat, bedeutet das noch nicht, daß das Zeug weg ist. Es ist und bleibt vielmehr die Leiche im Keller der Industriegesellschaft.
Das Verfahren heißt zwar "Endlagerung", aberda ist so bald kein"Ende"abzusehen. was man nicht beseitigt hat, ist, wie man es auch dreht und wendet, noch vorhanden, und mit etwas, was noch vorhanden ist, damit kann man immer noch zu tun bekommen, auf welche Weise auch immer!

"Störfall" oder katastrophe

Der Begriff des GAU als Kürzel für den "größten anzunehmenden Unfall" ist inzwischen jedermann bekannt. Es ist der Unfall, für den die Sicherheitseinrichtungen eines Atomkraftwerkes gerade noch ausgelegt sind, den man also, wenn nicht gerade alle Notstromaggregate ausfallen, gerade noch beherrschen zu können hofft.
Wer vermutet, daß in Wahrheit gar nicht die Sicherheitseinrichtungen auf den GAU hin entworfen sind, sondern daß eher umgekehrt die Definition des größten anzunehmenden Unfalls auf den technisch realisierbaren und ohne Schaden für die Rentabilität tragbaren Sicherheitseinrichtungen beruht, der vermutet richtig.
Das Tarnnetz, das man über das mögliche Desaster breitet, ist aus feinen Wörtern gewoben, doch vermag es nicht den Umstand zu verbergen, daß die Katastrophe möglich bleibt. Diese relative Sicherheit wird dem Publikum unter dem Aspekt der Zeit anschaulich gemacht, innerhalb derer mit einem solchen Unfall gerechnet werden müßte. Der Zeitraum variiert je nach der Schwere des Unfalls, die Angebote klingen günstig: Sie bewegen sich, je nachdem, in der Größenordnungvon tausend oder zehntausend oder hunderttausend Jahren.
Die Nullen sind wohlfeil und die Augen des gemeinen Mannes, der ja bestenfalls hundert Jahre zu leben hat, weiten sich: Das Bedrohliche wird in die Ferne einer Zeit gerückt, die er nicht hoffen kann oder fürchten muß, zu erleben. Das Zahlenbild der Sicherheit ist voll schöner Züge und läßt nur an den unscharfen Rändern das Muster künftiger Verhängnisse und Verheerungen durchschimmern.

Die günstigen Angebote, wonach die Wahrscheinlichkeit, einen ernsteren Unfall zu erleben, verschwindend gering ist, verlieren viel von ihrer Attraktivität, wenn man bedenkt, daß sie jeweils für ein Atomkraftwerk gelten. Ein Unfall also, der nach jener Rechnung pro Atomkraftwerk höchstens einmal in tausend Jahren eintreten soll, ist bei den hundert Meilern, die bis 1980 über die Länder der Europäischen Gemeinschaft verteilt sein werden, schon alle zehn Jahre möglich: Das anmutige Bild der Sicherheit verblaßt zusehends, sobald man es in den Rahmen der Realität einfügt.

Die Bürger schliessen sich zusammen: Macht mit in der lübecker Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke!

Immer mehr Bürger erkennen jetzt, daß die Betreibung von Atomkraftwerken gegen ihre Interessen gerichtet ist. Sie verlassen sich nicht mehr auf die Aussagen der Politiker, sondern fangen an, ihre Interessen selbst zu vertreten, indem sie sich in Bürgerinitiativen zusammenschließen. Fachleute und Wissenschaftler in der ganzen Welt arbeiten in zunehmendem Maße mit der Bevölkerung zusammen. Das Beispiel Wyhl hat gezeigt, wie erfolgreich ein solcher Kampf sein kann!

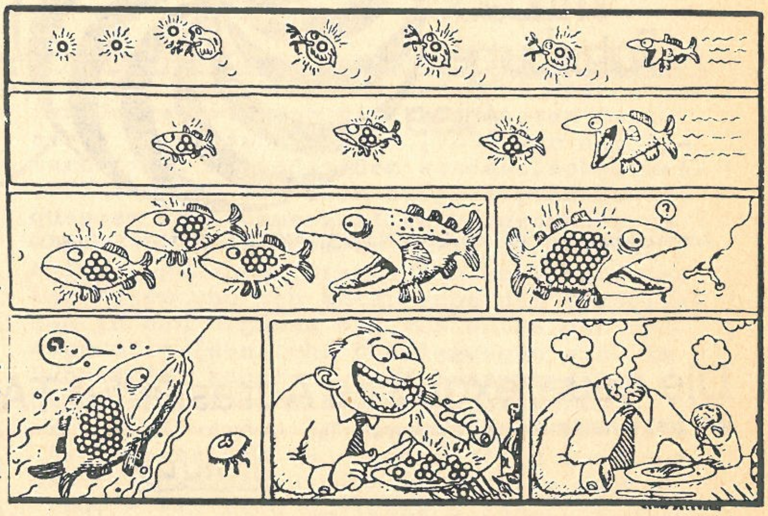
In nächster Umgebung von Hamburg werden immer mehr Atomkraftwerke an der Elbe geplant und gebaut:

In Betrieb:	Stade
Kurz vor Inbetriebnahme:	Geesthacht/Krümmel/Brunsbüttel
Kurz vor Baubeginn:	Hitzacker/Laßrönne/Altgrge
In Planung:	Otterndorf/ Hetlingen(Wedel)/ York(Lühe)/Glückstadt/Neuwerk

Gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf haben sich Teile der Bevölkerung der Wilster Marsch in der"Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe" zusammengeschlossen. Auch in Lübeck hat sich jetzt eine "Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke" gebildet.

Hiermit fordere ich als Vertreter der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke/ Lübeck e.V. alle Leser auf, uns zu unterstützen!

Kontaktadresse:
Günter Wosnitza, 24 HL, Nettelbeckstr.8
Tel.: 0451/ 68199



Das "Zentrum" im "Zentrum"

Das Studentenzentrum, ein "Club für Studenten und Interessierte", versteht sich als Begegnungs - und Kommunikationsforum, das sich an den Interessen der Lübecker Jugendlichen, als da sind Schüler(innen), Lehrlinge und Student(en,innen) orientiert. Finanziell getragen wird das "Zentrum" von Beiträgen des Vereins der "Freunde und Förderer e.V.". Die organisatorischen Notwendigkeiten und Aufgaben besorgen freiwillige Mitarbeiter. Dieses Prinzip der Selbstverwaltung ermöglicht einen unkomplizierten und effektiven Geschäftsbetrieb und erlaubt die Realisierung von publikumsorientierten Interessen. Insofern genügt das "Zentrum" eher als manch andere Lübecker Kneipe seinem Anspruch, ein Begegnungsort zu sein. Denn nicht Konsum und Profit sondern vielmehr Kommunikation und Selbstkostendeckung sind die maßgeblichen Kriterien für Zielsetzung und Organisation des "Zentrums". Somit fällt auch ein Preisvergleich betreffs Getränke zu Gunsten des "Zentrums" aus: ein Flaschenpreis von 1,20,- für normales und 1,30,- für Einbecker B ockbier sucht nunmehr seinesgleichen in der Lübecker Kneipenschickeria.
Ein Programm, das für freitags regelmäßig Live - Musik und für dienstags und damstags Sonderveranstaltungen vorsieht, entspricht den Interessen vieler Jugendlicher nach abwechslungsreicher Musik So machte populäre und anspruchsvolle Musik bekannter Gruppen gerade in letzer Zeit das "Zentrum" attraktiv für den obligatorischen Freitagabend-Kneipenbesuch. Und wer des öfteren diese Gelegenheit ergriffen hat, wird bestätigen können, daß sich ein Eintrittspreis von 3,- für derartige Veranstaltungen bescheiden ausnimmt gemessen an denen anderenorts.
Großen Anklang findet auch die Möglichkeit, den Kellerraum im "Zentrum" unentgeldlich an veranstaltungsfreien Abenden für Privatfeiern nutzen zu können.
All diese Punkte mögen dazu beitragen, daß sich das "Zentrum" großer B eliebtheit und eines ständig größer werdenden Zulaufs erfreut und das Interesse sowie die engagierte Mitarbeit für die Sache des "Zentrums" erfreulicherweise zunimmt.

Technische Daten:

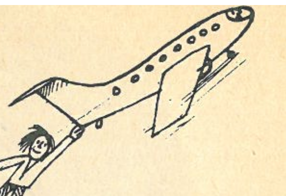
geöffnet: tägl.(außer Mo.) ab

Musikveranstaltungen: jeden Freitag: Live-Musik
Di u. Sa : siehe ausliegende Handzettel

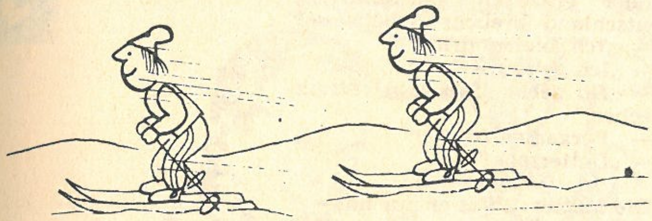
Adrese:

Alfstr. 32 (kleine Querstraße i.d. Nähe vom "Schabbelhaus")

rds reisedienst deutscher studentenschaften



Den Alteingesessenen unter Euch dürfte inzwischen bekannt sein, daß der AStA eine Annahmestelle des rds, des Reisedienstes Deutscher Studentenschaften, eingerichtet hat. Die "Neuen" soll dieser Artikel noch einmal auf die damit verbundenen Möglichkeiten sowie auf die Zielsetzung dieser Organisation hinweisen. Eine eigene lokale Annahmestelle hat nicht nur den einfachen Vorteil, daß man seine "Traumreise" an Ort und Stelle buchen kann, sondern bietet darüberhinaus weitere Informationsmöglichkeiten. So wird es, wenn einmal Fragen offenbleiben, immer möglich sein, schnell mal bei der Zentrale in Hamburg anzurufen. Wir leiten die Buchungen am selben Tage nach Hamburg weiter. Von dort erhaltet Ihr dann direkt die Bestätigung oder auch Absage sowie alle notwendigen Reiseunterlagen. Nur Bargeld können wir leider nicht entgegennehmen; darum geben wir vorgedruckte Zahlkarten aus, so daß Ihr beim nächsten Postamt einzahlen könnt.



WARUM ÜBERHAUPT RDS ?

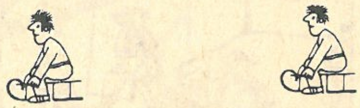
Nun aber zu einer kurzen Erklärung, warum es schon wieder einen neuen studentischen Reisedienst gibt. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften gründeten den rds Ende letzten Jahres, um eine Selbsthilfeorganisation als echte Alternative zu den kommerziellen Reiseveranstaltern zu schaffen. Zudem wurde damit der Versuch gestartet, den hoffnungslos zersplitterten und teilkommerzialisierten Studentenreisesektor zu vereinigen. Der rds ist gemeinnützig und arbeitet ohne Gewinn. Der Anlaß seiner Gründung war der Konkurs der DJSR, die zuletzt auch schon weitgehend in privater Hand war.

WARUM SELBSTHILFE AUF DEM REISESEKTOR ?

Das AStA- Reisereferat ist eine schon fast traditionelle Einrichtung in der studentischen Selbstverwaltung. Die Studenten erkannten schon frühzeitig (bevor der große Reiseboom so richtig losging und damit das riesige Geschäft der Reiseunternehmen anfing), daß auf diesem Gebiet die Selbsthilfe notwendig und möglich ist. Natürlich planen gerade Studenten ihren Urlaub vielfach individuell und fahren mit ihrem Privatwagen, trampen etc. Aber ein solcher individueller Urlaub wird gerade durch und mit dem Massentourismus immer schwieriger und teurer. Die Kosten für Benzin und Unterbringung steigen ständig, die Autoschlangen werden immer länger, ohne Reisebüro ist es in der Saison kaum noch möglich, eine Unterkunft zu finden.

Also bliebe den Studenten oft nur noch der Weg in ein kommerzielles Reisebüro. Aber dann erscheint nach Errechnung des Reisepreises (meist mit zig Zuschlägen) das geringe Bafög noch geringer.

Die Reiseprospekte der kommerziellen Reiseunternehmen versprechen mit ihren bunten Bildern und der blumenreichen Sprache viel. Doch die Realität sieht meist anders aus. Auf individuelle Urlaubswünsche wird praktisch nur von kleinen spezialisierten Reiseunternehmen eingegangen. Es herrscht ein unglaublich harter Verdrängungswettbewerb und jährlich sterben einige solcher Kleinstunternehmen. Doch wie sich die Preisspirale drehen wird, wenn erst nur noch wenige Giganten den Markt beherrschen, kann man sich leicht bei einem Seitenblick auf die Öl-, Chemie- und Automobilkonzerne vorstellen. Kleine kommerzielle Reiseunternehmen und Reisebüros können diese Entwicklung nicht aufhalten. Niemand kann ein solches Mini-Unternehmen aus sozialen Gründen führen, jeder will und muß Profite machen. Einzige Alternative bleibt eine Selbsthilfeorganisation. Wenn überhaupt, kann nur sie verhindern, daß Bafög- oder Eltern-Scheck oder mühsam zusammengekratzte Eigenmittel angesichts der Reisepreise immer mehr zusammenschmelzen. So verbleibt nur die Alternative zwischen einem Massenurlaub in Mallorcas Betonwüste oder der Einrichtung einer wirksamen Selbsthilfeorganisation.



DER RDS IST DIESE SELBSTHILFEORGANISATION!

Nach dem Zusammenbruch der DJSR Ende letzten Jahres standen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) vor der Alternative, entweder den studentischen Reisesektor mit den oben aufgezeigten Konsequenzen den kommerziellen Unternehmen zu überlassen oder selbsr aktiv zu werden. Nach eingehender Diskussion auch mit vielen ASten und den entsprechenden Beschlüssen in den Organen der VDS wurde der rds gegründet (ähnliche Überlegungen z.B. im Buchhandel konnten wegen bestehender Schwierigkeiten bisher noch nicht verwirklicht werden. Es kommt jetzt auf jede Studentenschaft und letztendlich auch auf jeden einzelnen Studenten an, was daraus wird! - Wir sind übrigens allen, die mit dem rds Urlaub gemacht haben, für Erfahrungsberichte dankbar!

Kurt Tucholsky

Colloquium in utero

Ein trüber Herbsttag im Mutterleib. Zwei Stück Zwillinge, Erna und Max, legen sich bequem und sprechen leise miteinander

— „Mahlzeit!"

— „Mahlzeit! Na, gut geschlafen...?"

— „Soweit man bei diesem Rummel schlafen kann — es sind bewegte Zeiten. Ich träume dann immer so schlecht."

— „Was hast du bloß?"

— „Du bist gut! Was ich habe! Hier, hast du das gelesen, im Reichsverbandsblatt Deutscher Leibesfrüchtchen?"

— „Nein. Was steht da?"

— „Da steht: Warnung vor dem juristischen Studium. Fünfzigtausend Primaner legen die Reifeprüfung ab. Hundertunddreißigtausend stellenlose Akademiker, es kann auch eine Null mehr sein, ich kann das bei der Beleuchtung nicht so genau unterscheiden. Warnung vor dem Veterinär-Studium. Warnung vor Beschreitung der Oberförster-Laufbahn. Warnung.... und so geht das weiter."

— „Na und?"

— „Na und... du dummes Keimbläschen! Willst du mir vielleicht sagen, was man denn eigentlich noch draußen soll? Nun fehlt nur noch die Warnung vor einem Beruf!"

— „Vor welchem?"

— „Vor dem eines Deutschen. Aber, wenn das so weitergeht: ich bleibe hier."

— „Ich gehe raus."

— „Warum?"

— „Weil es unsre Pflicht ist. Weil wir heraus müssen. Weil im Kirchenblatt für den Sprengel Rottenburg und Umgebung steht: Das Leben im Mutterleib ist heilig. Lieber zehn Kinder auf dem Kissen als eines auf dem Gewissen, steht da. Und die Präservativ-Automaten sind auch aufgehoben. Wir stehen, mein Lieber, unter dem Schutz der Staatsanwaltschaft und der Kirche!"

— „Draußen?"

— „Nö, draußen nicht. Bloß drin."

— „Na, da bleib doch hier!"

— „Wir haben nur für neun Monate gemietet, das weißt du doch!"

— „Es ist, um sich an dem eignen Nabelstrang aufzuhängen! Ich für mein Teil bleibe drin!"

— „Du bleibst nicht drin. Sei froh, daß wir nicht dreie sind, oder vier, oder fünf, oder sechs..."

— „Halt! Halt! Wir sind doch nicht bei Karnickels!"

— „Es ist alles schon mal dagewesen, Deutschland kann keine Kinder ernähren, nur Kartelle. Deutschland braucht Arbeitslose!"

— „Ich bleibe drin."

— „Ich geh raus!"

— „Du gehst nicht raus! Streikbrecher!"

— „Pergamentfrucht!"

— „Dottersack!"

(Gestrampel)

Die Mutter: „Was er nur hat — ?"

(1932)



„Fabelhafte Arbeitsmoral seit dem Rückgang der Vollbeschäftigung!"

Radikalendetektor für Stoltenberg

Eine Mini-Spieldose, die beim Drehen der Kurbel die „Internationale" erklingen läßt, überreichte SPD-Abgeordneter Engholm in Bonn dem Bundesbevollmächtigten von Schleswig-Holstein, Dorenburg (CDU). Diese Spieldose soll Ministerpräsident Stoltenberg als Radikaldetektor dienen. Bewerbern für den öffentlichen Dienst wird die „Internationale" vorgespielt. Bekommt der Bewerber dabei Glanz in die Augen so ist er abzulehnen. Wendet er sich jedoch voller